

Die Lebensbedingungen, der Charakter und das Wesen eines Landes erwachsen aus spezifischen, geographischen, historischen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedingungen. So liegen auch die Ursprünge der *Conditio Austriae* tief verwurzelt in der rund tausendjährigen Geschichte jenes über Jahrhunderte durch Eroberung, Heirats- und Vertragspolitik zusammengewachsenen Länderkonglomerats, in jenem vielfach erst als Reaktion auf die Bedrohung von außen zu einer Einheit zusammengewachsenen Staatsgebiet, dessen Kern die heutige Republik Österreich darstellt. Erst seine Geschichte bestimmt das Spezifische seiner Existenz und macht Österreich zu dem, was es ist. Ohne seine Vergangenheit, ohne Einsicht in die Züge seines Charakters und in die Konfiguration seines Wesens bliebe die Gegenwart stumm. Für faktisch jeden Staat spielt seine Geschichte für das Selbstverständnis, die nationale Identität, aber auch für seine Politik und die Herkunft seiner Probleme eine zentrale Rolle. Für Österreich garantiert erst diese historische Dimension die notwendige Selbstfindung: es erhält ja nicht durch eigene Sprache, Kultur oder Volkstum, die es mit anderen Staaten teilt, seine besondere Eigenart, sondern erst durch die besonderen Gegebenheiten seiner Natur, seiner geopolitischen Lage und durch die Erfahrungen aus der Geschichte.

Der österreichische Raum lag seit jeher im Schnittpunkt zwischen Kulturen. Hier begegneten und vermischten sich Kelten und Illyrer, abendländisches Reich und Byzanz, die Reitervölker der östlichen Steppe und die Barbaren des europäischen Nordens wie Westens. Erst aus dem „Zusammenprall der Kulturen“ (Karl Popper) erwächst auf diese Weise eine Identitätsstiftung.

Die einstigen rhätisch-norditalienischen und westillyrischen Provinzen, die man als *Austria Romana* zusammengefaßt hat, bildeten samt ihrem über Jahrhunderte umkämpften Vorfeld nördlich der Donau den Limes des römischen Reiches. Schließlich überschritten in der Völkerwanderungszeit die Stämme aus der „Welt der Barbaren“, dem „alter orbis“, die Grenzen des *Imperium Romanum* und errichteten hier eigene Stammesherzogtümer, die trotz wenig dauerhafter Grenzen, stets dem Einfall östlicher Reitervölker offenstehend, zum Ausgangspunkt einer politisch neu gegliederten Region werden sollten. In diesem Raum entdeckten und entwickelten Romanen, Germanen und Slawen, die hier eine Symbiose mit der bodenständigen Bevölkerung eingingen, gemeinsam eine „Vielfalt in der Einheit“, ein gemeinsames Wir-Gefühl, das auch die Nichtdazugehörigen mit einschloß. In diesem *Convivium* wird ein Charakterzug deutlich, der auch späterhin für die *Conditio Austriae* charakteristisch sein sollte.

Es kann kein Zufall sein, daß Österreich im 20. Jahrhundert zweimal aus seinen Ländern heraus neu erstand. Die heutige Republik umfaßt bei allen Verlusten und territori-

HANNES ANDROSCH

CONDITIO AUSTRIAE

EPILOG

alen Einbußen in etwa die spätmittelalterlichen *Patriae Domus Austriae*, die Länder des Hauses Österreich, aber erweitert um das ehemalige Fürstbistum Salzburg und das westungarische Burgenland. Wenn Österreich damit wiederum auf seinen Kernbereich reduziert ist und damit ungefähr jenen Umfang einnimmt, den es vor dem Einsetzen der habsburgischen Großmachtspolitik gegenüber Ost- und Südosteuropa besaß, so erweist sich hier eindrucksvoll jene identitätsstiftende, in der Vielfalt begründete Kraft des Föderalismus.

Seit dem frühen Mittelalter ist dieses Österreich ein Ort, an dem Ost und West, Nord und Süd einander begegnen. Der Aufstieg etwa der Babenberger — und damit Österreichs — zum Herzogtum vollzieht sich inmitten des Geflechtes kaiserlicher und byzantinischer Weltpolitik; Heiratspolitik, Handel und Wandel, westlicher und östlicher Einfluß lassen schon damals Wien zu einem Zentrum der Begegnung werden (Herwig Wolfram). Nicht immer waren diese Begegnungen friedlicher Natur. Im 16. und 17. Jahrhundert war Österreich, ständig bedroht durch die türkischen Expansionsbestrebungen, das Bollwerk des Abendlandes nach Osten hin. Der — wenn auch kriegerische — Kontakt mit der hochentwickelten Kultur des Orients hinterließ zweifelsohne in der *Conditio Austriae* seine Spuren.

Das Phänomen Mitteleuropa, das heute vielfach eine Renaissance erfährt, reicht über den Raum des heutigen Österreich hinaus: sein Umkreis geht von Mailand bis Czernowitz, von Krakau bis Triest, von Agram bis zum Bodensee, es umspannt die ehemals vorderösterreichischen Länder genauso wie Ungarn, die Slowakei, Böhmen, Bayern, Südtirol oder Graubünden. Unbeschadet seiner staatlichen Zugehörigkeit kann der mitteleuropäische Mensch sich einerseits auf eine gemeinsame Geschichte berufen, andererseits mit seiner politischen Realität koexistieren. Seine primäre Identifikation findet er in der unmittelbaren Heimat, darüber hinaus aber existiert ein über die politischen Grenzen hinausreichendes Zusammengehörigkeitsgefühl, existieren gemeinsame Bezüge und eine kulturelle Verbundenheit.

Österreich ruht auf diese Weise nicht nur in sich selbst, in seinen gewachsenen Ländern, in seiner inneren Vielfalt, sondern darüber hinaus existiert auch eine größere Österreich-Idee, durch die es eingegliedert wird in die weiteren Lebensbezüge Europas. Geistiges und territoriales Österreich sind somit nicht immer ident (Allmayer-Beck). Wenn heute — verbunden mit oft unrealistischen Erwartungen — die Mitteleuropa-Idee als beflügelnde Vision wieder auflebt und weiterlebt, so wird darin eine Kontinuität im österreichischen Denken und Wollen erkennbar. Denn die zentrale Stellung in der Mitte Europas, am Schnittpunkt der Kraftlinien von Nord und Süd bzw. West und Ost, verleiht dem Lande eine geopolitische Position und Bedeutung, die weit über die Möglichkeiten

eines Kleinstaates hinausreichen. Dies manifestiert sich nicht zuletzt in dem oft artikulierten Widerspruch zwischen den beengten Verhältnissen der kleinstaatlichen Realität und dem Anspruch, eine — zumindest kulturelle — Großmacht zu sein. Eine Geschichtlichkeit in einem solchen Sinne zu seinen Ausgangsbedingungen zu zählen, verführt natürlich in besonderer Weise dazu, wie Karl Kraus sagte, „vertrauensvoll in die Vergangenheit zu blicken“, von dieser größeren Vergangenheit nicht mehr loszukommen, sie als „gute alte Zeit“ zu idealisieren oder gar, die Realität zurücklassend, sie als ein Traumreich zu transzendieren.

Es kommt nicht von ungefähr, daß die Zuneigung der Österreicher in ganz besonderem Maße stets jenen Politikern oder Literaten gilt, die den Phantasien ihrer Landsleute auf die Sprünge helfen und sie in dem Glauben bestärken, etwas Besonderes zu sein. Hier versucht man die Universalidee des alten Imperiums hinüberzuretten, jene weltumspannende Konzeption, die programmatisch bereits im AEIOU Kaiser Friedrichs III. angelegt war und die sich im „*plus oultre*“ dessen Urknechts Karl V. in wahrhaft globale Dimensionen verlieren sollte. Diese Haltung des universalen Ausgleichs, die nicht zuletzt durch Toleranz und Absage an jeglichen Fanatismus geprägt ist und von einem erasmischen Humanismus diktiert wird, begünstigt, positiv gewendet, ein Denken und eine Einstellung, die dem bedingungslosen Rechthabenwollen abschwört. Sie zwingt zu diplomatischer Anpassung und Einfühlung in den anderen, was im Extremfall und negativ gewendet allerdings, wie Hermann Bahr einmal feststellte, bis zur Charakterlosigkeit gedeihen kann.

Das während des Absolutismus zur Ausprägung gelangte Verhältnis von Herrscher und „Landeskindern“ bedingt beim Österreicher bis heute ein ambivalentes Verhältnis zu seinem Staat. Dieser wird einerseits als „Obrigkeit“ empfunden, von der man „in die Pflicht“ genommen wird, deren Zugriff man aber auch listig zu entkommen trachtet. Auf der anderen Seite wird die zentralstaatliche Brutalität des Zugriffs gemildert durch ein dichtes Beziehungsgeflecht. Der Staat wird aber auch erlebt als autoritäre Vaterfigur, in die man grenzenloses Vertrauen setzt, deren Beistand selbst der liberale Unternehmer nur allzu schnell anruft. Die stets gegenwärtige Suche nach Ersatzmonarchen, die dann zumeist als „zu groß für Österreich“ gelten, sowie eine extreme Personalisierung der Politik erscheinen als ein weiteres kennzeichnendes Erbe der absolutistischen Vergangenheit. Einzig der Monarch weiß, was das Volk benötigt: „Alles für das Volk, nichts durch das Volk.“

Dazu kam die „Ehe“ zwischen Thron und Altar. Über lange Zeit bewirkte eine als Staatskirche eingebundene *Ecclesia* die Ideologisierung staatlicher Macht. Die barocke *Pietas Austriaca* galt als wesentliche Stütze des Thrones seiner Katholischen Majestät. Die gewalttätige

Rekatholisierung seit Ende des 16. Jahrhunderts, die nicht zuletzt dazu diente, den aufständischen, überwiegend protestantisch gewordenen einheimischen Adel durch willfähige Emigranten aus Spanien, Italien, Flandern, Portugal, Irland usw. zu ersetzen, diese sehr unösterreichische Lösung des Glaubensstreites also, hat, wie Friedrich Heer meint, nicht wenige Brüche im österreichischen Menschentum hinterlassen. Österreich wurde im 17. Jahrhundert einheitlich katholisch, und der Protestantismus ist nie wieder zu einer entscheidenden kirchlichen oder politischen Kraft geworden. Diese Wiederherstellung der Glaubenseinheit wurde mit der Vertreibung von rund 100.000 Evangelischen bezahlt.

Das alte Österreich war ein barockes Land. Es kann kein Zufall sein, daß die bildenden Künste, die Musik hier eine besondere Ausprägung erfuhren. Die Blüte der deutschsprachigen Literatur und der Philosophie des 18. und 19. Jahrhunderts war hingegen in den protestantischen Ländern angesiedelt. Österreich gelang auch nie der Aufstieg zu einer globalen seefahrenden Nation und es war daher nie — sieht man vom frühen 16. Jahrhundert ab — eine Kolonialmacht.

Das Heilige Römische Reich war dem Ansturm des revolutionären Frankreich nicht gewachsen; mit dem 1806 erfolgten Verzicht Kaiser Franz' I. auf die römische Kaiserwürde unterlag die universale Reichsidee dem Nationalismus. Der Versuch einer Neukonstruktion im Rahmen des Deutschen Bundes scheiterte: Österreich gelang es in der Auseinandersetzung mit Preußen nicht, die Vorherrschaft in Deutschland zu erringen — nicht zuletzt deshalb, weil die habsburgische Monarchie eben als ein übernationales Staatswesen konzipiert war. Das alte Österreich wurde damit in seiner letzten Phase zum Rückzugsgebiet universaler und patriarchalischer Lebens- und Herrschaftsformen und damit zur Vormacht des Konservatismus in Europa. Die Niederlage Österreichs im Krieg gegen Preußen 1866 entschied die deutsche Frage im kleindeutschen Sinne.

In wirtschaftlicher Hinsicht war die Monarchie ein „industrialisierter Agrarstaat“ (Stephan Koren), dessen Infrastruktur, industrielle Entwicklung und außenwirtschaftliche Verflechtung im Vergleich zu anderen europäischen Staaten — wie England, Frankreich und Deutschland — deutlich zurückgeblieben war. Die Wurzeln dieser Rückständigkeit reichen zum Teil bis in das 18. Jahrhundert zurück. Die liberale Reformpolitik Maria Theresias und Josefs II. hatte zwar eine ausgesprochen günstige Ausgangsbasis für eine erfolgreiche Industrialisierung der Donaumonarchie geschaffen. Aber nicht nur die Belastung der Napoleonischen Kriege, sondern auch neue politische Bewegungen stellten zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts den Vielvölkerstaat in Frage. Staatskanzler Metternich reagierte darauf mit einer autoritären Politik und verschloß sich den neuen Tendenzen der Zeit, wodurch eine entscheidende Phase in der

Geschichte der Industrialisierung Europas versäumt wurde. Insbesondere das zollpolitische Abschirmungssystem verminderte den Zwang zur Modernisierung und zur Konzentration von Produktionen und verlängerte die Existenz handwerklicher und manufakturer Betriebsformen. Robert Musil schreibt in diesem Zusammenhang: „Österreich ist das Land der privilegierten Unternehmungen gewesen, des mit Zusicherungen und Schutzbriefen arbeitenden Unternehmertums, das dadurch an Tüchtigkeit verlor.“

Ganz anders verhielt es sich beispielsweise in Preußen: Dort setzte bereits am Beginn des 19. Jahrhunderts, nach der Niederlage in den Napoleonischen Kriegen, eine innere Erneuerung ein. Die Ideen der Französischen Revolution und der Aufklärung fanden Eingang in das politische System und das liberale Gedankengut der Zeit fand Ausdruck in der Stein'schen Verordnung von 1807, in den daran anschließenden Hardenberg'schen Reformen sowie in der Gründung des Deutschen Zollvereins 1834. Obwohl nach der endgültigen Niederlage Napoleons 1815 die Hardenberg'schen und Stein'schen Reformen zum Teil behindert wurden, hielt man wirtschaftspolitisch die liberale Linie durch. Die eingeleitete Reform der Landwirtschaft, die Einführung der Gewerbefreiheit sowie die neugeschaffene große Freihandelszone waren wesentliche Voraussetzungen für die rasche Industrialisierung Deutschlands in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In Preußen wie in Österreich blieb die vormärzliche Gesellschaftspolitik zwar autoritär, doch die Balance zwischen der ökonomischen Bewegungsfreiheit des aufsteigenden Erwerbsbürgertums und den Staatsinteressen verlief in völlig anderen Bahnen.

Allerdings versuchte Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg nach 1848, gestützt auf die Ideen Karl Freiherr von Brucks, zu einem einheitlichen mitteleuropäischen Wirtschaftsgebiet, zu einem Reich der 70 Millionen zu gelangen. Mit dem Deutschen Bund als Zentrum sollte eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft unter Einschluß der heutigen Beneluxländer und Skandinaviens sowie der von Österreich beherrschten oberitalienischen Gebiete entstehen. Der frühe Tod Schwarzenbergs, die zunehmende außenpolitische Isolierung Österreichs, aber auch innerösterreichische Widerstände protektionistisch gesinnter Kreise brachten schließlich die Bruck'schen Pläne zum Scheitern.

Als 1862 Preußen und Frankreich ein liberales Meistbegünstigungsabkommen abschlossen und sich damit die Frage einer deutsch-österreichischen Zollunion erneut mit großer Dringlichkeit stellte, entbrannte ein leidenschaftlicher und erbitterter Markt- und Interessenkampf, der die Hegemonie in Deutschland zunächst auf handelspolitischem und schließlich auch auf politisch-militärischem Gebiet zugunsten Preußens entschied (Herbert Matis). Es half nichts mehr, daß Österreich 1865 ebenfalls auf die Freihandelslinie einschwenkte; die Habsburgermonarchie

erlitt ihr „wirtschaftliches Königgrätz“ (Heinrich Benedikt) bereits vier Jahre vor ihrer militärisch-politischen Niederlage.

Zur Verdeutlichung der wirtschaftlichen Situation der Monarchie einige Zahlen: Ein aufschlußreicher Vergleich des Standes der Industrialisierung zwischen Preußen und Österreich ist am Einsatz von Dampfmaschinen in der gewerblichen Produktion abzulesen. So waren 1841 in Österreich 223 Maschinen mit insgesamt 2798 PS aufgestellt, das viel kleinere Preußen hatte aber 1840 bereits über 608 Maschinen mit 11.641 PS. Bei einer Gesamtausdehnung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie von 626.000 km² verfügte der Staat um 1900 nur über ein Eisenbahnnetz von etwa 19.000 km, hingegen England mit einer Fläche von 130.000 km² über 30.000 km und Deutschland über ein Schienennetz von mehr als 50.000 km. Die industrielle Schwäche der Monarchie zeigte sich auch unmittelbar an der Entwicklung der industriellen Produktion. Während sich diese beispielsweise zwischen 1800 und 1888 in Deutschland beinahe verzehnfachte, war in Österreich nur ein halb so rascher Anstieg, also auf knapp das Fünffache, zu verzeichnen. Auch im Vergleich zur Versiebenfachung der industriellen Weltproduktion im selben Zeitraum war das Ergebnis der Monarchie unterdurchschnittlich.

Die Monarchie zerbrach aber letztlich an ihren nationalen und sozialen inneren Gegensätzen. Dieses Gebilde, in dem das Haus Habsburg 640 Jahre, länger also als das Römische Kaiserreich, Bestand hatte, wurde 1918 gesprengt. Das Ergebnis hat Churchill in seinen Memoiren wie folgt formuliert: „Es gibt keine Völkerschaft oder Provinz des habsburgischen Reiches, der das Erlangen der Unabhängigkeit nicht die Qualen gebracht hätte, wie sie von den alten Dichtern und Theologen für die Verdammten der Hölle vorgesehen sind.“ Das entstandene Vakuum hat jedenfalls gewaltiges Leid über ganz Europa gebracht und große machtpolitische Verschiebungen zur Folge gehabt. František Paláček hatte 1848 bereits an die Adresse der Nationalversammlung in Frankfurt die Worte geschrieben: „Denken Sie sich Österreich in eine Menge Republiken und Republikchen aufgelöst — Welch willkommenen Bauplatz für die russische Universalmonarchie!“

Der gelernte Österreicher hat sich mit dem Untergang der Monarchie im Grunde seines Herzens eigentlich bis heute nicht abgefunden, ja die Renaissance Altösterreichs (William M. Johnston) ist ein Phänomen, das heute auch jenseits der Grenzen wahrzunehmen ist, vor allem in Italien, wo in der aktuellen politischen Diskussion sehr häufig auf Altösterreich als Vorbild hingewiesen wird. Die Faszination des alten Österreich erreicht aber auch über die Nachfolgestaaten hinausreichend die westeuropäische Kultur. Die buntscheckige Vielfalt des Reiches, in dem Deutsche, Ungarn, Tschechen, Slowaken, Polen, Ruthe-

nen, Kroaten und Slowenen, Serben, Rumänen, Italiener und Juden eine Heimat fanden, wird heute deshalb als faszinierend empfunden, weil an diesem „Weltexperiment“ des Vielvölkerstaates die Koexistenz verschiedenster ethnischer, sozialer und religiöser Gruppierungen unter einem gemeinsamen Dach möglich scheint. Gerade das mußte aber unter den Bedingungen des Nationalismus des 19. Jahrhunderts zur Ursache seines Unterganges werden. Dieses in Jahrhunderten gewachsene Gebilde, dessen Führungsschicht aus vieler Herren Länder kam und wie das Reich selbst eine Schöpfung des Hauses Österreich war, war mit den Kategorien des Nationalismus unvereinbar. Daraus entstand mit Notwendigkeit der tragische Konflikt Österreichs mit sich selbst, indem es zu einem Fremdkörper in einer Welt der Nationalstaaten und der Klassenkämpfe werden mußte und dennoch in seiner Mission, Fortschritt und Frieden in einem national so unentwirrbar verflochtenen Raum zu garantieren, unersetzlich war. Die gemeinsame Idee, das unsichtbare Element, das allen gemeinsam und mit dem keiner ident war, blieb letztlich eine Vision.

Die untergehende Habsburgermonarchie wurde auf diese Weise zur „Versuchsstation für den Weltuntergang“ (Karl Kraus), zum Modell der verlorenen Identität des modernen Individuums überhaupt, gleichzeitig aber auch zur Inkubationsstätte der Moderne: Die Einsicht in die Komplexität der Dinge, in die Einheit der Vielfalt, all das führt zu einem Amalgam vielfältiger widersprüchlicher Eigenschaften. Hier wird Österreich, für Friedrich Hebbel „eine kleine Welt, in der die große ihre Probe hält“, letztlich — wie Musil sagte — zum „Weltexperiment“, das mit der Klarheit eines Labormodells die substantielle Leere der Wirklichkeit deutlich werden läßt.

Daß sich in eben dieser Welt der ausgehenden Monarchie, die sich zum Sterben anschickte, in jenem *fin de siècle* vor dem Ersten Weltkrieg, gerade im leichtlebigen Wien, dessen gesellschaftliche Dekadenz uns in den Figuren von Schnitzler und Hofmannsthal, Makart und Klimt entgegentritt, zugleich auch die handelnden Personen des folgenden Aktes des Weltdramas einfänden, ist eines jener Phänomene der „Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen“, die daran zweifeln lassen, ob es sich hier um einen bloßen Zufall handelte. Die gleichzeitige Präsenz des schachspielenden Leo Bronstein alias Trotzki im Literatencafé „Central“ und die des Josef Dschugaschwili alias Stalin, der 1913 in der Wiener Schönbrunnerstraße wohnte und im Auftrag seines Mentors Lenin eine Studie über die Nationalitätenfrage schrieb, oder eines gewissen Josef Broz, der später als Tito bekannt werden sollte und damals in Wiener Neustadt als Maschinenschlosser arbeitete, oder der Reichstagsabgeordneten De Gasperi und Masaryk, und das Wirken eines Feuilletonredakteurs der „Neuen Freien Presse“ mit Namen Theodor Herzl, der — angeregt durch die Pariser Affäre Dreyfus — an einem Werk über den Judenstaat arbeitete und damit zum Begründer des

Zionismus wurde, mit einem im Männerheim in der Mel-demannstraße in der Brigittenau politisierenden Ansichtskartenmaler namens Adolf Hitler, zeigt die *dramatis personae* des folgenden Aktes alle in Wien versammelt. Daneben — abseits der Politik, abseits aber auch der offiziellen Wissenschaft — entwickelte Sigmund Freud in seiner Ordination in der Wiener Berggasse die Psychoanalyse, in der er nicht zuletzt die „verschwiegene Dimension“ dieser am Abgrund stehenden Gesellschaft aufdeckte. Gleichzeitig erlebt eben dieses Österreich, besonders Wien, eine kulturelle und geistige Blüte, in der neue Anfangspunkte, neue Systeme und Disziplinen entwickelt werden, die bis in die Zwischenkriegszeit hinein überdauern und weiterentwickelt werden sollten. Zumeist basierten diese geistigen Innovationen auf einer Neuschcheidung der Disziplinen, in der Vereinigung bisher getrennter Einsichten unter einem neuen Erkenntnisziel, und im Bereich der Kultur in einem Blick hinter die Oberfläche der Dinge, in einem Aufdecken verborgenster psychologischer Geheimnisse und Zusammenhänge. Es ist ein erschöpfender, umfangreicher und eindrucksvoller Katalog einer kulturellen Elite, die bis heute in Kunst und Wissenschaft hohe Wertschätzungen genießt. Ärzte, Physiker, Chemiker, Historiker, Philosophen, Biologen, Mathematiker, Schriftsteller, Maler und Komponisten — sie alle prägen bis heute die intellektuelle Landschaft des 20. Jahrhunderts. Charakteristisch stehen diese österreichischen Denker oft einem offenen Systemansatz nahe, einem geistigen Konzept, worin sich eine alte österreichische Erbanlage, die Feindschaft gegen das rein Abstrakte, gegen die Vorherrschaft einer alles andere ausschließenden Ideologie sowie das Aufbrechen von Tabus und ein integratives Denken zwischen den Disziplinen offenbart. Noch nach dem Zweiten Weltkrieg haben österreichische Emigranten etwa in England und in den USA solche Theorien entwickelt, wie der Philosoph Karl Popper die Konzeption einer offenen Gesellschaft, oder der Biologe Ludwig von Bertalanffy die Theorie offener Systeme, aber man könnte noch andere erwähnen, wie etwa den Dichter Hermann Broch. Sie alle machen auf diese Weise eine spezifisch österreichische Weltsicht deutlich. Der „therapeutische Nihilismus“, wie ihn die Wiener Medizinische Schule im 19. Jahrhundert entwickelte, wird etwa bei Popper zum Modell der wissenschaftlichen Methode schlechthin. Die Skepsis gegenüber den eigenen Behauptungen, das Aufspüren von gegenteiligen Tatsachen, die unwiderstehliche Lust, die Produkte eigener Erkenntnis wieder in Frage zu stellen — diese Eigenschaften einer nestroyartigen Selbstkritik werden zum Kennzeichen des wissenschaftlichen Verstandes überhaupt (William M. Johnston). Österreich, Wien — das war ein Raum, wo so viel des 20. Jahrhunderts entstanden ist. In der Philosophie rund um Schlick, Popper, Wittgenstein; in den Wirtschaftstheorien mit Mises, Hayek, Machlup, Haberler, Schum-

peter, Morgenstern, Drucker und Menger; in der Mathematik mit Carnap, Neurath, Hahn und Wald; in der Logik mit Gödel, Feigl und Waismann; in der Soziologie mit Lazarsfeld und Zilsel; in der Physik mit Schrödinger, Hess, Meitner; in der Psychoanalyse mit Freud und in der Individualpsychologie mit Adler; in der Psychiatrie mit Wagner-Jauregg; in der Medizin mit Böhler, Landsteiner, Loewi; in der Musik mit Mahler, Schönberg, Berg, Webern, Krenek, Lehár und Eysler; in der darstellenden Kunst mit Klimt, Schiele, Kokoschka; in der Architektur mit Wagner, Hoffmann und Loos, um nur einige zu nennen.

Sie alle und viele mehr wirkten im alten Österreich, und viele von ihnen fanden sich nach 1918 in der Republik Österreich wieder. Aber dieses Restösterreich mußte ihnen zu eng werden, sie fanden nicht mehr jenen schöpferischen Humus von früher, jenen Wirkungskreis und nicht zuletzt jene wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten wie in der Monarchie vor. Schon in den zwanziger Jahren setzte die erste große Emigrationswelle ein. 1934, nach der Errichtung des austrofaschistischen Ständestaates, verließ die Elite der linken und liberalen Denker das Land. Der Anschluß an Deutschland schließlich führte dazu, daß all jene, die jüdischer Herkunft waren oder mit dem Nationalsozialismus nicht leben konnten, gingen, flohen oder ermordet wurden. In Wien — das im übrigen noch im 18. und 19. Jahrhundert eine Zufluchtstätte für Juden aus der ganzen Welt war — betrug der Anteil der jüdischen Gemeinschaft um 1920 200.000 Personen, das entsprach 10,8 % der Bevölkerung. Der Verlust an geistiger und schöpferischer Kapazität war enorm.

Das geistige, größere Österreich überdauerte die Monarchie wie auch den Ersten Weltkrieg, der nach Franz Kafka „aus einem entsetzlichen Mangel an Phantasie entstanden“ ist, und es wirkt z. T. auch heute noch — in der Emigration vor allem — nach. Das Habsburgerreich, dessen Hymne in so vielen verschiedenen Sprachen gesungen wurde, blieb in seinem innersten Wesen aber in der öffentlichen Meinung des Westens unverstanden; das Schlagwort vom „Völkerkerker“ oder „China Europas“ verdeckte die historische Verklammerung mit dem Schicksal Europas. Diese erstaunliche Unkenntnis der komplizierten Verhältnisse in Mitteleuropa, ebenso wie die Blindheit für das Machtvakuum, das die Auflösung der Donaumonarchie zur Folge haben mußte, förderten eine Entwicklung, in der dann auch der Anschluß 1938 von vielen nur als eine unvermeidliche Konsequenz, die man resignierend zur Kenntnis zu nehmen hatte, erscheinen mußte. Wie Hugo von Hofmannsthal 1919 für die Zukunft fast mystisch-doppelsinnig prognostizierte: „Auf das, was nun kommen muß, sind wir tiefer vorbereitet als jemand in Europa.“

Die am 12. November 1918 proklamierte Republik „Deutsch-Österreich“ verstand sich als Versatzstück der

Konkursmasse des Vielvölkerreiches. Als künstliche Schöpfung der Siegermächte, der ungeliebten Geburtshelfer von Saint Germain, verurteilt zur Kleinstaatlichkeit. Die junge Republik war ein „Staat, den keiner wollte“, nach den Worten des französischen Ministerpräsidenten Clemenceau („l'Autriche c'est ce qui reste“) mit knapp 7 Millionen Einwohnern der verbleibende Rest des einstigen Großreiches von 53 Millionen. Es war ein Staat wider Willen, ein Staat, an dessen wirtschaftliche Lebensfähigkeit keiner glaubte. Es war eine Gesellschaft, von der ein Teil einem vergangenen Reich nachtrauerte, während ein anderer Teil schon von einem neuen träumte. Eine gemeinsame politische Basis fand die neue Republik lediglich in ihrer Ablehnung der Monarchie als Staatsform; Karl Kraus variierte die alte Kaiserhymne in diesem Sinne: „Gott erhalte, Gott beschütze vor dem Kaiser unser Land . . . Nimmer sei mit Habsburgs Throne Österreichs Geschick vereint!“

Der Friedensvertrag von St. Germain war schlimmer und demütigender als der von Versailles. Die Grundsätze des 14-Punkte-Programmes Wilsons, vor allem die Selbstbestimmung wurden schändlich mißachtet. Staatskanzler Renner spricht am 3. Juni 1919 davon, daß der Friedensvertrag die Verstümmelung vollende, die mit der militärischen Besetzung deutschen Landes und Volkes durch die Nationalstaaten begonnen habe. Die Arbeiterzeitung vom 4. Juni 1919 bringt unter dem Titel „Schnöde Erbarmungslosigkeit“: „Ein sicherer, gerechter und dauerhafter Friede soll dem Kriege gegen Österreich folgen! Den neuen Staaten sollen dauerhafte Grundlagen gegeben werden, die der Gerechtigkeit und Billigkeit entsprechen! So heißt es in der Einleitung zu dem Vertragsentwurf, so verkünden es die Herren der Entente. Daß sie an ihren Worten nur nicht ersticken! Denn niemals hat der Inhalt eines Friedensvertrages die Absichten, die bei dessen Gestaltung gewaltet haben sollten, so gröblich verleugnet, wie bei dem Vertrag, den die achtundzwanzig Mächte diesem armen Staat um den Hals warfen, ihn uns, im Bewußtsein der unausweichlichen Wirkungen solcher Bedingungen, auferlegen: daß uns der Lebensatem ausgeht, daß wir nicht leben können, daß wir zugrunde gehen müssen!“

Restösterreich wurde die Verantwortung für die Kriegsschäden des vorangegangenen Gesamtstaates und dementsprechende Reparationsleistungen auferlegt. Der Anschluß an das demokratische, republikanische, föderative Deutschland aber und selbst an die Schweiz wurde untersagt. Das Selbstbestimmungsrecht kam nicht zur Anwendung. Dies veranlaßte den Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, den Sozialdemokraten Dr. Bauer, der am 2. März 1919 mit dem deutschen Reichsminister des Auswärtigen, Graf Brockdorff-Rantzau, eine Vereinbarung über den Zusammenschluß des Deutschen Reiches und Deutsch-Österreichs unterzeichnet hatte und in der Berlin und Wien als alternierende Hauptstädte vor-

gesehen waren, seine Funktion zurückzulegen. Das Anschlußverbot wurde in den folgenden Jahren im Zuge von Kreditgewährungen (Genfer Anleihe 1922 und Lausanner Anleihe 1932) wiederholt.

Die wichtigsten Parteien waren in ihren Parteiprogrammen zum Teil bis 1933 für den Anschluß, aus wirtschaftlichen, ideologischen und national-großdeutschen Beweggründen. Die Zerstörung der weitgehend autarken ökonomischen Ganzheit der Monarchie führte zu einem Reduktionsschock und zu Anpassungskrisen (N. Leser). Es fehlten der österreichischen Republik Nahrungsmittel, Rohstoffe, Energie und Absatzmärkte. Im Industriebereich gab es in manchen Sektoren große Überkapazitäten, in anderen einen Mangel an Kapazitäten. Inflation und Auslandsschulden schüttelten das Land. Kredite wurden mit Auflagen gegeben, wie sie heute kein Schuldnerland der Dritten Welt akzeptieren würde. Ein in Wien residierender Völkerbundkommissar beeinträchtigte die wirtschaftspolitische Souveränität des Landes. 1929 war — gemessen am Brutto-Sozialprodukt — noch immer nicht das wirtschaftliche Niveau von 1913 erreicht, die Weltwirtschaftskrise traf Österreich mit umso größerer Wucht und Dauer. Eine riesige Arbeitslosigkeit bis 1938 war die Folge. Am Höhepunkt, im Jahre 1933, waren bei 1,6 Mio. unselbständig Beschäftigten 557.000 ohne Arbeit, von denen rund 40 % als sogenannte Ausgesteuerte keine Unterstützung mehr erhielten.

Von der internationalen Gemeinschaft im Stich gelassen und preisgegeben, war Österreich dem wirtschaftlichen und politischen Einfluß Italiens und zunehmend Deutschlands ausgesetzt. Die inneren Verhältnisse verschärften sich durch die Etablierung des autoritären Ständestaates 1933 und dem Einsatz von Waffengewalt gegen die Arbeiterschaft und die Sozialdemokraten bei den Bürgerkriegszuständen des 12. Februar 1934. Im selben Jahr, am 25. Juli, erfolgte der Putschversuch der Nationalsozialisten mit der Ermordung des Bundeskanzlers Dollfuß. Seinem Nachfolger, Dr. Kurt Schuschnigg, gelang es in der Folge weder innenpolitisch noch außenpolitisch, die Stabilität des Landes zu gewährleisten.

Auch wirtschaftliche Repressionen mußte das von Krisen geschüttelte Land hinnehmen. Im Mai 1933 verfügte das NS-Regime die sogenannte 1000-Mark-Sperre gegen Österreich; jeder nach Österreich reisende Deutsche mußte eine Abgabe von 1000 Reichsmark zahlen. Die Folgen für den österreichischen Fremdenverkehr, der auch bereits damals ein bedeutender Wirtschaftszweig war, waren verheerend. Rund 40 % aller Touristen waren 1932 Deutsche, sie blieben in den Folgejahren vollständig aus. In Tirol etwa, dem wichtigsten Fremdenverkehrsgebiet, sank die Zahl der Nächtigungen deutscher Gäste, die im Zeitraum 1929 bis 1933 4,43 Mio. betragen hatte, in der Periode 1933 bis 1937 auf 0,51 Mio., also auf rund ein Zehntel.

Der Ständestaat wollte durchaus so etwas wie ein Österreichbewußtsein entwickeln; er stand aber in seinem Kampf gegen den Nationalsozialismus von vornherein auf verlorenem Posten, hatte er doch die Arbeiterschaft von der politischen Mitverantwortung ausgeschlossen und sich damit selbst in die Isolation manövriert. Im Jahre 1938 war die illegale Nationalsozialistische Partei in Österreich die Partei einer kleinen Minderheit; es gab knapp 13.000 zahlende Mitglieder der NSDAP, das waren weniger als 0,2 % der Bevölkerung. Als im Frühjahr 1938 Bundeskanzler Dr. Schuschnigg dem Druck Hitler-Deutschlands durch eine Volksabstimmung begegnen wollte, von der man meinte, daß sie eine klare Mehrheit für Österreich ergeben hätte, erfolgte am 12. März 1938 der Einmarsch deutscher Truppen in Österreich. Damit waren die Annexion und Eingliederung in das Deutsche Reich vollzogen. Nicht einmal der Name Österreichs blieb erhalten, und selbst die Ersatzbezeichnung Ostmark wurde durch Alpen- und Donaugau ersetzt.

Die unmittelbare wirtschaftliche Konsequenz war, daß der im Vergleich zu Deutschland 18mal größere Devisen- und Goldschatz Österreichs nach Berlin gebracht wurde, wo er für volle neun Monate die deutsche Aufrüstung finanzierte, während in Österreich der Bayerische Hilfszug Lebensmittel zur Verteilung brachte. Hitler hat mit der Annexion Österreichs eine ganze Reihe internationaler Abkommen und Verhaltensregeln gebrochen, außer Mexiko, China, Chile, der Sowjetunion und der Spanischen Republik protestierte niemand gegen die Annexion Österreichs. Innerhalb weniger Tage wandelten die Großmächte ihre Botschaften und Gesandtschaften in Wien zu Generalkonsulaten und Konsulaten ihrer Botschaften in Berlin um.

Die Erste Republik war reif für den Zerfall; rund ein Viertel der Bevölkerung war während der Weltwirtschaftskrise ohne Arbeit, dazu kamen permanente innere Konflikte und das Desinteresse des Auslands an Österreichs Geschick, eines Auslands, das Österreich im besten Falle als „Kolonie des Finanzkapitals“ behandelte oder eben als Objekt der eigenen Machtpolitik begriff. Dennoch wurde der Anschluß im März 1938 keinesfalls, wie dies — vor allem von jenen, die die „Gunst der späteren Geburt“ aufweisen — oft behauptet wird, von allen Österreichern als „Vollzug einer historischen Gesetzmäßigkeit“ begrüßt. Sicher gab es den Jubel am Heldenplatz und die Erklärung politischer und kirchlicher Exponenten mit ihrem Bekenntnis zu Großdeutschland, auf der anderen Seite gab es aber auch österreichische Politiker aus allen politischen Lagern im Konzentrationslager, und es gab schließlich auch die große Menge derjenigen, die trauernd zu Hause blieben. Aber auch für viele, die anfangs vom Anschluß überzeugt waren, dauerte es nicht lange, bis ihnen klar wurde, daß eine Annexion stattgefunden hatte.

Man sollte auch nicht vergessen, daß sich unmittelbar nach dem Anschluß schon Widerstand erhoben und Opfer gefordert hat. Allein zwischen dem Einmarsch der deutschen Truppen und der von Hitler nun inszenierten Volksabstimmung am 10. April 1938 gab es rund 76.000 Festnahmen durch die Gestapo. Österreicher, die den Fahneid auf Hitler verweigerten, wurden in das Konzentrationslager geschickt und viele hingerichtet. 360.000 Österreicher wurden von der Wahl ausgeschlossen. Am 1. April, zehn Tage vor der Abstimmung, wurden die ersten politisch Verfolgten in das Konzentrationslager Dachau gebracht, darunter ein großer Teil der politischen Führungsgarnitur der späteren Zweiten Republik (Leopold Figl, Alfons Gorbach, Fritz Bock, Franz Olah, Robert Danneberg usw.). Das war allerdings nur der Anfang eines großen Opferganges: Über 65.000 österreichische Juden wurden in den folgenden Jahren verschleppt und ermordet, über 16.000 andere Österreicher starben in Gestapo-Haft, fast 20.000 kamen in den Konzentrationslagern ums Leben, rund 2700 wurden von den Volksgerichtshöfen zum Tod verurteilt und hingerichtet. Darüber hinaus sind 274.000 Österreicher als Angehörige der deutschen Wehrmacht gefallen, 24.300 Zivilisten kamen bei Luftangriffen oder Kriegshandlungen ums Leben, über 100.000 wurden aus dem Land vertrieben, und die meisten kehrten nicht mehr zurück. Der Widerstand gegen die Einverleibung und Vereinnahmung durch das Dritte Reich bleibt in der zeitgeschichtlichen Diskussion viel zuwenig berücksichtigt; und dennoch war dies wichtig, vor allem für die Zeit nach 1945, als Österreich über eine Reihe von Politikern verfügte, die nicht mit dem Stigma des Nationalsozialismus behaftet waren, für die jener Teil der Moskauer Deklaration, der Österreich als erstes Opfer des nationalsozialistischen Deutschlands apostrophierte, auch wegen ihrer persönlichen Erfahrungen selbstverständlich war und die damit unverzüglich eine funktionierende Regierung und Administration auf die Beine stellen konnten. Der überaus hohe Blutzoll, den österreichische Patrioten als Widerstandskämpfer, den österreichische Soldaten in deutscher Uniform und die österreichische Zivilbevölkerung bei Bombenangriffen und während direkter Kampfhandlungen in jenen Jahren zu entrichten hatten, kann nicht mit der Ermordung von über 60.000 wehrlosen österreichischen Juden (davon ein hoher Prozentsatz alte Menschen und Kinder) in den deutschen Konzentrationslagern verglichen werden. Denn im Falle dieser 60.000 jüdischen Mitbürger lag ein eindeutiger Tötungsbefehl vor, eine vorbedachte Mordabsicht der Machthaber — zweifellos das schrecklichste Novum der europäischen Geschichte der Neuzeit, eine Untat von auch heute noch unvorstellbarer, monströser Grausamkeit.

Es gibt keine Rechtfertigung für jegliche Art von Antisemitismus und schon gar keine Rechtfertigung des in-

dividuellen Verhaltens vieler gegenüber den jüdischen Bürgern. Den Antisemitismus in Österreich gab es allerdings nicht erst seit dem Auftreten der Nationalsozialisten, er ist ein Erbe aus der Zeit der Monarchie. Schon im alten Österreich und erst recht in der Ersten Republik zogen sich antisemitische Strömungen durch nahezu alle politischen Parteien. Es gehörte — leider — vielfach zum Repertoire von Parteien und Politikern, die Schuld an Mißständen, an sozialen Spannungen, an Armut und Not, in letzter Konsequenz den Juden anzulasten. Dies mag zum Teil mit dem Triumph der Gegenreformation über die Aufklärung zusammenhängen, denn es wurden dadurch mittelalterliche Stereotype bis in das 20. Jahrhundert tradiert. Zu den religiösen Wurzeln des Antisemitismus kamen auch wirtschaftliche, zur monströsen Ungeheuerlichkeit des Holocaust entwickelte er sich aber erst durch den Rassenwahn des Nationalsozialismus. Daß sich in der österreichischen Bevölkerung über die sich ab März 1938 von Monat zu Monat verschlechternde Lage der jüdischen Mitbürger nicht schließlich doch ein Aufschrei, wenigstens ein Protest, erhob, kann den in einer Demokratie aufgewachsenen jüngeren Österreichern von heute nicht erklärt werden. Alfred Polgar charakterisierte diese dunkle Epoche österreichischer Geschichte in seinem Nachruf „Die Österreicher“ folgendermaßen: „Im März 1938 allerdings und in der Vorbereitung zu diesem tragischen Wendepunkt ihres Schicksals haben Österreicher eindrucksvoll bewiesen, daß sie Bestien sein können. Zu ihren Schändlichkeiten, an den Juden verübt, mußten die österreichischen Nazi nicht erst kommandiert werden; sie begingen sie aus blankem Spaß an der Sache, mit einer Art von sportlichem Ehrgeiz, in ihr Originelles zu leisten, und zeigten schöpferische Phantasie in der Verschmelzung von Brutalität und Gemütlichkeit.“ Der Gleichgültigkeit vieler Österreicher von damals stand eine internationale Gleichgültigkeit, zumindest Passivität, dem Schicksal der österreichischen Juden gegenüber. Kaum ein Land war bereit, sie aufzunehmen, Einreisevisa waren nur nach einem Leidensweg zu erhalten, ein schikanöser Bürokratismus besonders der westlichen Staaten entmutigte viele, eine Auswanderung überhaupt ins Auge zu fassen. 1938 und 1939 hätten Großzügigkeit und Hilfsbereitschaft des Auslands Zehntausenden der 60.000, die später vergast worden sind, das Leben gerettet. Daraus hat Österreich gelernt. Ab 1945 hat es den Flüchtlingen, die im Gefolge des Zweiten Weltkrieges — und später als Folge des „kalten“ Krieges — in Österreich Zuflucht suchten, seine Grenzen weit geöffnet. Diese Politik schlug Österreich in einer für heutige Begriffe unvorstellbaren Notlage ein. Die rein materiellen Kriegsschäden allein wurden auf 160 Mrd. S (zu Preisen des Jahres 1960) geschätzt. Es waren dann die Kosten für Besatzung und Staatsvertrag aufzubringen, die weitere 100 Mrd. S zu Preisen von 1960 ausmachten. Das öster-

reichische Brutto-Nationalprodukt desselben Jahres betrug 163 Mrd. S. Auch wenn man die ausländischen Hilfeleistungen in der Größenordnung von etwa 60 Mrd. S berücksichtigt, wovon etwa die Hälfte auf das European-Recovery-Programm (Marshall-Plan) entfielen, so blieben doch enorme Kosten übrig, die zu tragen waren. Das in den letzten Apriltagen des Jahres 1945 aus den Trümmern des Dritten Reiches wiedererstandene Österreich bekannte sich, im Unterschied zur Ersten Republik, uneingeschränkt zu seiner staatlichen Souveränität. Sieben Jahre nationalsozialistischer Gleichschaltung, Konzentrationslager und Krieg, danach zehn Jahre der alliierten Besatzung, einigten die einander einst unversöhnlich gegenüberstehenden politischen Lager in Österreich. Die am 25. November 1946 stattgefundene erste Nationalratswahl erbrachte für die Österreichische Volkspartei 85 Mandate, für die Sozialistische Partei 76 und für die Kommunistische Partei 4. Die große Koalition und die später folgende Einrichtung der Sozialpartnerschaft festigten diesen inneren Integrationsprozeß. Daran konnten auch die im Oktober 1950 von kommunistischer Seite inszenierten und durch die sowjetische Besatzungsmacht unterstützten Unruhen als Reaktion auf das vierte Lohn-Preis-Abkommen nichts ändern. Österreich behauptet sich als pluralistische, neutrale und rechtsstaatliche Demokratie; es hat sich nach 1945 wiedergefunden in seinen Ländern, in den Parteien und Interessenverbänden, bei gleichzeitig weitgehendem Verzicht auf seine visionäre Sendung und die mitteleuropäische Idee eines größeren geistigen Österreich. Die dramatischen Erfahrungen der Ersten Republik, der Zeit des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges wurden in der Folge überdeckt vom Erfolgserlebnis des gemeinsamen Wiederaufbaus, der im Staatsvertrag von 1955 seine Krönung, auch im politischen Sinne, erfahren sollte. Die Zweite Republik vollzog mit der Integration in das westliche Wirtschaftssystem eine außen- und wirtschaftspolitische Neuorientierung, weg von Österreichs traditionellen Einflusrräumen in Ost- und Südosteuropa, hin zu einer allgemeinen Westorientierung. Der in letzter Zeit des öfteren erhobene Vorwurf, die Österreicher hätten ihre Mitschuld und Mitverantwortung an den Greueln des Zweiten Weltkrieges öffentlich geleugnet und innerlich verdrängt, traf zunächst nicht zu. Die ersten Gesetze der neuen österreichischen Regierung waren Straf- und Sühnegesetze für alle, die im Namen des Nationalsozialismus Schuld auf sich geladen hatten. Das österreichische Kriegsverbrecherverfolgungsgesetz aus dem Jahre 1945 ist das strengste, das ein Staat je erlassen hat. Es sieht selbst die Todesstrafe für Denunzianten vor, wenn deren Denunziation zum Tode des Denunzierten geführt hat. Im Rahmen dieses Gesetzes wurden in 130.000 Fällen gerichtliche Untersuchungen eingeleitet, in über 23.000 Fällen kam es zu Gerichtsverfahren (die Diskrepanz erklärt sich vor allem aus der Denunziation

der Nachkriegszeit), 13.000 Personen wurden verurteilt, 72 Personen davon zu „lebenslänglich“, 42 zum Tode. Knapp 600.000 Österreicher wurden im Rahmen der Sühnegesetzgebung als Nationalsozialisten registriert, 100.000 von ihnen aus öffentlichen Ämtern entlassen, fast ebenso viele erhielten Berufsverbot. Die österreichischen Medien berichteten in diesen Jahren durchaus ausführlich über diese Verfahren und über Schuld und Verantwortung von Österreichern an den Verbrechen des Nationalsozialismus.

Allerdings bedingte der über Jahrzehnte hinweg gewaltige Aderlaß Österreichs an geistigem und menschlichem Potential sehr bald ernsthafte Engpässe; auch war es unmöglich, in einer inzwischen gefestigten Demokratie einen nicht unbeträchtlichen Teil der Bevölkerung für immer zu stigmatisieren und vom politischen Leben auszuschließen. Eine Reintegration, auch zur Festigung der demokratischen Fähigkeiten, war notwendig. Das Einsetzen des „kalten“ Krieges bewirkte zudem bei den Alliierten einen gewissen Gesinnungswandel. Es waren im übrigen Großbritannien und Frankreich, die auf die Gründung einer Auffangpartei für die früheren Nationalsozialisten drängten, bald unterstützt von Sowjets und den Amerikanern. 1949 wurden die Minderbelasteten zu den Nationalratswahlen zugelassen. Das führte naturgemäß zu einem Wettlauf der Parteien um diese NS-Stimmen.

Österreich hat sicherlich zu wenig getan, um die Opfer des Nationalsozialismus als Mahnung zu beklagen, im Sinne dessen, was Nahum Goldmann gemeint hat, daß jedes Opfer erst endgültig gestorben ist, wenn es vergessen wird. Man hat es unterlassen, die in die Emigration Getriebenen nachdrücklich zur Rückkehr einzuladen, in Fragen der Wiedergutmachung, der Anerkennung von Sozialversicherungsansprüchen, in Staatsbürgerschaftsfragen Zusätzliches rasch und unbürokratisch zu leisten. Und man hat unterlassen, die Wurzeln all dessen, was zum Nationalsozialismus geführt, was das Mittun oder Wegschauen opportun erscheinen ließ, was viele schuldig und fast alle mitverantwortlich gemacht hat, in der ganzen Breite und Tiefe zu diskutieren; um zu erkennen, zu begreifen, zu lernen und zu verhindern. Es gilt die Aufschrift am griechischen Mahnmal im Konzentrationslager Mauthausen: „Das Vergessen des Bösen ist die Erlaubnis zu seiner Wiederholung.“

Die Einbeziehung Österreichs in den Marshall-Plan (European Recovery Program, ERP) und die mit der Gründung der Organisation for European Economic Cooperation (OEEC) beginnende europäische Integration stellen sich retrospektiv als entscheidende ökonomische Zäsur dar und als Basis des „österreichischen Wirtschaftswunders“ nach dem Zweiten Weltkrieg. In den vergangenen 25 Jahren ist Österreich jährlich um knapp ein halbes Prozent rascher gewachsen als die europäischen OECD-Staaten. Die Inflationsrate lag mit rund 5 % jährlich

deutlich unter dem internationalen Durchschnitt (OECD-Europa: 7 %), gleiches gilt — und in diesem Bereich war Österreich besonders erfolgreich — für die Arbeitslosenrate. Die seither erfolgte technisch-wissenschaftliche Evolution, die Herausbildung von Großraumwirtschaften, sowie die Neutralitätsposition des Landes im Schatten des West-Ost-Konfliktes haben zum österreichischen Erfolg sicher das Ihre beigetragen. Entscheidend war jedoch die aus der Not der „Stunde Null“ geborene Mobilmachung der Österreicher selbst, um zu einer neuen Lebensform zu gelangen (Otto Schulmeister). Österreich, noch um die Jahrhundertwende ein industrialisiertes Agrarland, hat heute einen Anteil von weniger als 10 % Agrarbevölkerung. Weitaus der größte Teil der Bevölkerung ist in Industrie und Gewerbe sowie im Dienstleistungsbereich beschäftigt. Österreichs Industrietradition ist heute differenzierter zu sehen. Was in der Wiederaufbauphase als Garant für eine bessere Zukunft schien, die Stahl- und Hüttenindustrie und manche andere traditionelle „Schornsteinindustrie“, die zu einem Gutteil 1946 verstaatlicht wurden, befinden sich heute in einer Krise. Die Zukunft liegt langfristig in der geistigen Innovationsbereitschaft, im Rückgriff und der Weiterentwicklung geistiger Ressourcen.

Österreichs Chance im wirtschaftlichen Bereich liegt heute darin, den notwendigen Strukturwandel rascher, aber auch sozial ausgewogener zu bewältigen. Der wirtschaftspolitische Handlungsbedarf ist gegenwärtig groß, mit den erforderlichen Maßnahmen werden ohne Zweifel Opfer verbunden sein. Gerade deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, Ziel und Sinn politischer Aktionen zu vermitteln.

Es bedarf in den nächsten Jahren großer Anstrengungen in verschiedenen Bereichen. Ein wesentlicher ist das Bildungssystem, das über kurz oder lang zu einem der zentralen Sektoren unserer Wirtschaft werden wird. Der Begriff einer abgeschlossenen Bildung wird immer mehr zu einer formalen Hülse. Lebenslanges Lernen oder „education permanente“ wird zunehmend zu einer Selbstverständlichkeit, die Gesellschaft der Zukunft wird keine Freizeitgesellschaft, sondern eine Lerngesellschaft sein. Dazu bedarf es nicht nur organisatorischer Änderungen in unserem Ausbildungssystem und einer entsprechenden Ausbildung der Auszubildenden, es müssen auch neue Wege der Zusammenarbeit der Bildungs- und Forschungsinstitutionen mit den Betrieben beschritten werden, wie dies in einer Reihe von Ländern bereits realisiert ist. Die Förderung der angewandten Wissenschaft und Forschung ist heute für einen hochentwickelten Industriestaat von großer Bedeutung. Österreichs Forschungs- und Entwicklungsausgaben sind aber — trotz erheblicher Anstrengungen in der Vergangenheit — im internationalen Vergleich noch immer zu niedrig: So macht etwa der Anteil von Forschungs- und Entwicklungsausgaben am Brutto-Inlandsprodukt in Schweden, der BRD und der

Schweiz deutlich über 2 % aus, in Österreich hingegen nur 1,3 %. Dabei besitzt das Land durch seine wesentlich geringeren Verteidigungsausgaben (Österreich gibt 1,3 % des Brutto-Inlandsprodukts, die Schweiz 2,5 % und Schweden sogar 3,5 % aus) einen budgetpolitischen Vorteil gegenüber vielen anderen Ländern, läßt diesen aber ungenutzt und gibt einen überdurchschnittlichen Anteil der öffentlichen Ausgaben für Transferleistungen aus. Ein ebenfalls sehr wesentliches Anliegen muß darin bestehen, die ungenügende Internationalität der österreichischen Wirtschaft zu verbessern. Diese läßt sich an einer Vielzahl von Indikatoren nachweisen: Die Warenexporte pro Kopf und die Warenexportquote sind gegenüber vergleichbaren Ländern zu gering und der Exportradius ist zu klein, aber auch etwa die Einbindung in den internationalen Flugverkehr ist ungenügend. Und nicht zuletzt wird eine Verbesserung der Exportstruktur, die weitgehend die Produktionsstruktur widerspiegelt, erforderlich sein. Denn noch immer ist der Anteil technischer Verarbeitungsprodukte in der Exportpalette zu niedrig und — spiegelverkehrt — der Anteil wenig bearbeiteter Güter zu hoch. Für eine so stark vom Außenhandel abhängige Volkswirtschaft, wie sie jene Österreichs heute darstellt, ist dies auf lange Sicht nicht zu tolerieren. In diesem Zusammenhang wird es auch zweifelsohne einer stärkeren Bindung Österreichs, das derzeit Mitglied der EFTA (European Free Trade Association) ist, an die Europäische Gemeinschaft (EG) bedürfen. Die EG nimmt derzeit rund 63 % aller Warenexporte auf und liefert 68 % der Importe, ist somit der mit Abstand bedeutendste Handelspartner Österreichs. Die in jüngster Zeit vor sich gegangenen Integrationsschritte innerhalb der EG, die bis Ende 1992 die Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes vorsehen, führen automatisch zu einer Diskriminierung aller abseits stehenden Länder. Es wird daher für Österreich vor allem darauf ankommen, eine größtmögliche Teilnahme am Prozeß der europäischen Integration zu erreichen.

Für die *Conditio Austriae* spielen nicht zuletzt Lage und Raum eine nicht zu unterschätzende Rolle. Österreich ist heute eines der wenigen europäischen Binnenländer. Der Meerzugang, der eine der zentralen Leitlinien der Monarchie gewesen war (Bobek), ging verloren. Die Gesamtausdehnung in der West-Ost-Richtung beträgt heute 580 km bei einer maximalen Breite von 260 km und einer minimalen von nur 34 km. Von der 2637 Kilometer langen Landesgrenze entfallen mehr als 1200 km gemeinsame Grenze auf die Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien, die verbleibenden 1400 km auf die westlichen Nachbarn Deutschland, Italien, Schweiz und Liechtenstein. Damit lebt Österreich, wie schon am Anfang seiner Geschichte, erneut an der Grenze zweier Welten.

Das Land ist an der zentralen Wasserscheide Europas gelegen, seine Flüsse entwässern in die Ostsee, Nordsee und das Schwarze Meer. Es ist reich an Wäldern (mehr

als 1/3 der Landfläche entfällt auf sie), Flüssen und Seen, was nicht zuletzt für den Fremdenverkehr, aber auch für die Energieproduktion eine Rolle spielt. Österreich ist derzeit in der Lage, seinen Verbrauch an elektrischer Energie im hohen Maß aus der Wasserkraft zu decken. Dennoch nimmt die gesamte Energieimportabhängigkeit langfristig leicht zu, rund 65 % des Gesamtverbrauchs müssen bereits eingeführt werden. Insgesamt ist das Land — sieht man von Holz und Wasser ab — mit Rohstoffen nicht gerade reich gesegnet. Ein typisches Merkmal für Mitteleuropa insgesamt ist die enge Verbindung verschiedenartigster Landschaften, die überaus spannungsreiche innere Gliederung (Hassinger). Das Kerngebiet Österreichs war seit jeher das Donautal gewesen. Und obwohl heute die Fläche Österreichs zu mehr als 60 % von den Alpen eingenommen und damit sogar die Schweiz als Alpenland übertroffen wird, zeichnet es sich doch durch eine bemerkenswerte landschaftliche Vielfalt aus. Es enthält so unterschiedliche Gebiete wie Teile der ungarischen Tiefebene mit reizvollen Steppenseen, hochalpine Regionen ebenso wie bizarre Kalkalpenformationen oder das sanft hügelige Alpenvorland. In Anbetracht dieser großen Vielfalt auf 84.000 km² kommt es nicht von ungefähr, daß Österreich zu einem zentralen Erholungsraum Europas wurde. Der Fremdenverkehr spielt für die Wirtschaft eine überaus wichtige Rolle, die Deviseneinnahmen aus dem Ausländerreiseverkehr pro Kopf der Bevölkerung sind höher als etwa in Italien, Spanien oder in der Schweiz. Durch seine zentrale Lage war und ist es aber auch — und das führt heute zu erheblichen Beeinträchtigungen — das Transitland schlechthin. Österreich hat im Straßengütertransit ein mehr als doppelt so großes Verkehrsaufkommen zu bewältigen wie die Schweiz, Jugoslawien, Griechenland und die Türkei zusammen.

Österreich erfüllt nicht erst seit heute eine wichtige Rolle auf internationalem Gebiet. Durch seine Neutralität und aktiv geführte Neutralitäts- und Sicherheitspolitik ist es ein wesentlicher, stabilisierender Faktor im Zentrum Europas und strahlt damit nicht nur auf seine unmittelbare Umgebung aus. Es erfüllt täglich und in aller Stille die Aufgabe eines ganz bedeutenden Asyllandes in Europa. Seit 1945 sind 1,8 Mio. Menschen durch und über Österreich in die Freiheit gelangt. Darunter allein etwa 500.000 Juden aus der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten; 1956 kamen rund 200.000 Ungarn, nach 1968 etwa 100.000 Tschechen und Slowaken und nach 1979 etwa 60.000 Polen.

Das Land hat aber auch die Verpflichtung übernommen, sein großes geistiges und kulturelles Erbe zu fördern und zu bewahren und gleichzeitig von dieser gesicherten Basis aus innovativ weiterzuentwickeln. Es ist ein nicht unwesentliches Indiz für den Charakter dieses Landes, daß es über mehr Kunsthochschulen als über Technische Universitäten verfügt.

Es spricht vieles dafür, daß auch das heutige Österreich in Musik und darstellender Kunst, in Malerei und Bildhauerei, in Architektur und Literatur erstaunliche Leistungen vollbringt und seine Begnadung für das Schöne bewahrt hat. Gleiches gilt sicherlich auch für manche Bereiche in Technik und Wissenschaft. Das Österreichbild im Ausland wird nicht zuletzt durch diese Leistungen bestimmt. Es entspricht allerdings alter österreichischer Tradition, daß diese Geistes- und Kulturelite im allgemeinen erst dann eine Würdigung erfährt, wenn sie von uns gegangen ist. Die Anerkennung findet sie vielfach im Ausland, denn wie schon Helmut Qualtinger beklagte: „Die jungen Leute von heute können einem leid tun, ihnen fehlt die Provinz“, jenes Hinterland und jenes größere Österreich, das über die kleinstaatliche Begrenztheit hinausreicht. Dennoch stimmt es bedenklich, wenn Ernst Krenek schon 1931 die „Kapitulation der geistigen Menschen vor der Minderwertigkeit aufgeblasener Lokalgrößen“ konstatierte, denn ein Geschenk hat uns das alte Österreich leider nicht hinterlassen: jene Weisheit, dank der es nach Musils Worten in Österreich häufig vorkam, daß ein Genie für einen Lümmel gehalten wurde, doch nie, wie anderswo, ein Lümmel für ein Genie. Viel eher ist es doch so, daß Österreich seine Geistesgrößen auch heute noch in die Emigration oder in die Anonymität zwingt, um ihnen dann nach dem Tode Kränze zu flechten oder Plätze und Straßen nach ihnen zu benennen. Der Versuch einer Versöhnung zwischen diesem kleinen, auf sich selbst zurückgeworfenen oder bewußt zurückgezogenen Österreich und dem Entwurf eines größeren Österreichs, über das heute charakteristischerweise anderswo mehr nachgedacht wird als im eigenen Haus, erscheint damit mehr denn je als eine wichtige Aufgabe.

Es ist im übrigen ein Kennzeichen des Landes, daß sich seine Menschen in einer nahezu unheimlichen Vielfalt von regionalen, kulturellen und politischen Organisationen zusammenfinden. Dazu gehören Trachtenvereine, Musikkapellen, Gesangsvereine ebenso wie freiwillige Feuerwehren, Sparvereine etc. Die 2300 Ortsgemeinden Österreichs überzieht ein Netz von 68.400 ins Vereinsregister eingetragenen Vereinen, allein 8800 davon entfallen auf Musik- und Gesangsgruppen. Ein Charakteristikum ist auch die überaus hohe politische Organisationsdichte, die sehr oft in dem Vorwurf gipfelt, daß eine berufliche Karriere nur über die Zugehörigkeit zu den großen politischen Parteien möglich sei.

Das „Land der modernen Phäaken“, „dieses Volk von Tänzern und Geigern“ (Anton Wildgans) begünstigt aber auch die Reduktion auf eine Fremdenverkehrsmentalität des Anbieterns, mit den üblichen Requisiten Mozartkugeln, Lipizzaner, Sängerknaben und schuhplattende Alpenjodler ausgestattet. Die Umstände, unter denen die Zweite Republik wieder ins Leben trat — der staatliche wie ökonomische Notstand, der

Generationswechsel und die gesellschaftlichen Umwälzungen, das so vielfältig und revolutionär verändernde Szenario und die zehnjährige Besatzung im eigenen Haus — sie begünstigten eine Rücknahme in sich selbst, geistig und seelisch, sowohl eine Abkapselung gegenüber dem Gestern, eine Außerkraftsetzung der eigenen Vergangenheit wie die Konzentration auf die Behauptung der nackten Existenz. Die Veränderungen, denen sich die Österreicher in diesem Jahrhundert gegenübersehen, waren größer als in jedem anderen europäischen Land. Ein um 1900 Geborener und als Staatsbeamter Tätiger hat bei normaler Lebenslänge fünf Hymnen gehört, hatte sieben Eide zu schwören, hat fünf Währungen erlebt, mehrfach seine Ersparnisse verloren und sechs Staatsbezeichnungen erlebt. Dies bedingt manche Widersprüchlichkeit. Nicht selten sind Opportunismus und Populismus, manchmal auch anzutreffen. Dies behindert menschliche und gesellschaftliche Entwicklungschancen. Damit tritt Stillstand ein, Stillstand der Ideen und Stillstand in der Entwicklung politischer und wirtschaftlicher Kultur. Was ist dieses österreichische Land, das, wie Wolfgang Bauer schreibt, die Form einer Bauchspeicheldrüse aufweist, die im Falle der Häme- und Heuchelei-Entzündung sich selbst verdaut, und das nach den Worten von Gerhard Roth „ewig, in einem fort in seinem eigenen Saft, ohne sich selbst zu zerstören, schmort“. Der steirische Dichter nimmt die Ursache dieser Unverdaubarkeit in einem geistigen Minderwertigkeitskomplex wahr, in einem permanenten Verdrängungsprozeß seiner Vergangenheit, in einer Art geistiger Krankheit, wie sie der Wiener Psychiater Ringel in seiner „Österreichischen Seele“ mit dem Vokabular der Psychoanalyse gefaßt hat. Diese verdrängte Vergangenheit holt Österreich unversehens allerdings immer dann ein, wenn es dies am wenigsten gebrauchen kann. Kennzeichnend dafür ist der Wunsch, im Ausland geliebt zu werden, eine ambivalente Haltung „weit entfernt von Hochmut und Schwäche“ (Karl Kraus), denn es ist an sich fast unerträglich, als Einwohner eines Kleinstaates mit einem derartigen Übermaß an Vergangenheit konfrontiert zu werden. Wenn aber diese Zuwendung seitens des Auslandes nicht eintritt, so nimmt die „Insel der Seligen“, wie Papst Paul VI. Österreich gelegentlich einmal apostrophiert hat, jene trutzige Haltung ein, die der Tiroler Künstler Paul Flora in seiner Zeichnung „Die verwurzelten Tiroler und ihre bösen Feinde“ so anschaulich darzustellen verstand. Dieser Widerspruch zwischen der Kleinheit der Realität und dem visionären Anspruch der Größe, dieser permanente Versuch, die Wirklichkeit dem Schein anzupassen, macht das Österreichersein zu einer ständigen Aufgabe. Der Dichter Heimito von Doderer formulierte das unübertrefflich: „Österreicher sein ist ein Zustand, ein goldener Schnitt nur zwischen Distanzen und Kräften, aus dem man fallen kann, wenn man eine rohe und ungeschickte Bewegung macht.“